



Presseschau vom 09.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Gert-Ewen Ungar: USA und NATO ignorieren europäische Sicherheitsinteressen

Die geleakte Antwort auf die Forderung Russlands nach Sicherheitsgarantien bleibt für Russland und Europa als Ganzes unbefriedigend. Fakt ist: Nicht nur hat sich die NATO nach Osten ausgedehnt. Die USA haben die europäische Sicherheitsarchitektur aktiv sabotiert. ... <https://kurz.rt.com/2t6b>

de.rt.com: Außenministerin Baerbock an der "Front": "Wir haben mitten in Europa nach wie vor Krieg"

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock besucht den Ort Schirokino und lässt sich von der ukrainischen Armee die Lage erklären. Während sie Sätze spricht, die auf die Minsker Vereinbarungen zu pochen scheinen, ist ihr Besuch selbst eine Verletzung dieser Abkommen.

...

<https://kurz.rt.com/2t8t>

Rüdiger Rauls: Der Westen verliert

Im aktuellen Konflikt um die NATO-Osterweiterung in Richtung Ukraine gerät der Westen zunehmend in die Defensive. Aber auch im Weltmaßstab deutet sich mit der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Russland, China und Iran eine Veränderung der Kräfteverhältnisse an.

...

<https://kurz.rt.com/2t6e>

de.rt.com: **Unbegründete Panikmache: Jetzt doch kein Zusammenbruch der "kritischen Infrastruktur"**

Raus aus dem Alarmismus, der seit zwei Jahren die Szenerie beherrscht hat. Das scheint allmählich die neue Devise in Politik und Medien zu sein. Anders als Ende 2021 allenthalben argumentiert wurde, steht nun wohl doch keine Überlastung der "kritischen Infrastruktur" bevor. ...

<https://kurz.rt.com/2t89>

de.rt.com: **"Atombombe" für Banken in Europa: Milliarden-Verluste im Falle von Sanktionen gegen Russland**

Sanktionen gegen Moskau könnten für Russland einen Ausschluss aus dem SWIFT-System bedeuten. Besonders hart treffen würde das die internationalen Kreditgeber Russlands in Italien, Frankreich und Österreich. Es drohen Verluste in Milliardenhöhe. Die Banken in den USA kämen hingegen glimpflicher davon. ...

<https://kurz.rt.com/2t9p>

Liudmila Kotlyarova: **„Russland spricht der Ukraine das Existenzrecht ab“: Ischinger offenbart SNA seine Sicht auf Führung**

Russlands Präsident Wladimir Putin droht in der Ukraine-Krise als Einziger militärisch, meint Wolfgang Ischinger, Ex-Botschafter und scheidender Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz (MSK). Er ist überzeugt: Deutschland darf mit Blick auf die historische Verantwortung gegenüber der Ukraine nicht „am Ende des Konvois stehen“. ...

<https://snanews.de/20220209/ischinger-russland-ukraine-5295675.html>

Bernhard Loyer: **Pfizer veröffentlicht Geschäftsbericht 2020/21: Rekordumsatz, aber Sorgen vor Ende der Pandemie**

In dem jüngsten Quartalsbericht geht es nicht nur um Erfolge und Gewinne der Superlative. Das Unternehmen fürchtet das schwindende Vertrauen der Öffentlichkeit und das Versiegen der sprudelnden Einnahmequellen durch ein Ende der Pandemie. ...

<https://kurz.rt.com/2ta2>

abends/nachts:

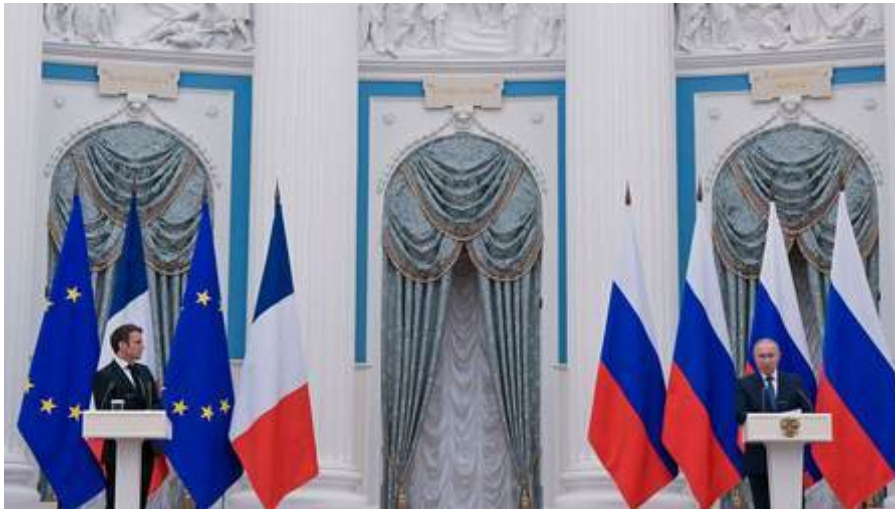
snanews.de: **Kreml dementiert Zeitungsbericht über „Ukraine-Deal“ zwischen Putin und Macron**

Russland und Frankreich haben beim jüngsten Besuch von Staatspräsident Emmanuel Macron in Moskau nach Kremlangaben keine Vereinbarungen getroffen. Die entsprechende Publikation der „Financial Times“ entspreche nicht der Wirklichkeit, sagte Präsident Wladimir Putins Sprecher Dmitri Peskow am Dienstag.

„Der Beitrag der ‚Financial Times‘ ist nicht korrekt. Die Präsidenten hätten unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen Ukraine-Deal vereinbaren können. Das war unmöglich. Denn Frankreich ist EU-Mitglied und führt derzeit den EU-Vorsitz. Zugleich ist Frankreich ein Mitglied der Nato, wo Paris keine führenden Positionen hat. Die führende Macht in der Nato ist ein ganz anderes Mitgliedsland. Von welchen Geschäften kann also die Rede sein?“, fragte Peskow.

Die Länge des Treffens zwischen Putin und Macron – knapp sechs Stunden – führte Peskow auf „inhaltsreiche Beziehungen“ der beiden Präsidenten zurück. Die gegenwärtige extraordinary Situation mache derartige Verhandlungen notwendig.

Der Kreml sei darauf gefasst gewesen. Die engen Beziehungen ermöglichten es den beiden Staatschefs, viel Zeit bei persönlichen Kontakten zu verbringen. Die russische Seite sei von vornherein von einem langen Gespräch ausgegangen. Zudem habe Macron beschlossen, in Moskau zu übernachten, bevor er am nächsten Morgen zu einem Besuch nach Kiew abfliege. Auf die Frage, warum Macron nicht im Kreml übernachtet hatte, sagte Peskow, dass die Delegation ein Hotel bevorzugt habe. Zudem hätte es keine Möglichkeit gegeben, alle Mitglieder der großen französischen Delegation im Kreml unterzubringen. Nach der Speise- und Weinkarte gefragt, sagte der Sprecher, dass im Kreml Gerichte der russischen Küche serviert und bereits seit langem russische Weine angeboten würden. Details nannte er nicht. Nach dem Abendessen hätten die beiden Präsidenten noch etwa 20 Minuten miteinander gesprochen. Peskow zufolge hatten Putin und Macron ein Telefongespräch geplant, das „zu passender Zeit“ stattfinden werde.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/08/5277892_0:415:2903:2048_1920x0_80_0_0_12e830dbacf8d66b37cd8a3efcaa864a.jpg

de.rt.com: **China hält an Position gegen NATO-Erweiterung fest**

Peking hat erneut erklärt, warum es Moskaus Forderung nach einer Begrenzung der NATO-Erweiterung unterstützt. Zuvor warf der Generalsekretär des Militärblocks Jens Stoltenberg Peking vor, "souveränen Nationen das Recht zu verweigern, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen".

Die chinesische Vertretung bei der EU wies am Dienstag darauf hin, dass die NATO ein Überbleibsel des Kalten Krieges sei, das aus irgendeinem Grund weiter wächst, obwohl der Kalte Krieg vor drei Jahrzehnten endete. Dieser Ansatz des von den USA geführten Militärblocks sei "nicht förderlich für die globale Sicherheit und Stabilität". In der Erklärung hieß es weiter:

"China ist der Ansicht, dass die regionale Sicherheit nicht durch die Stärkung oder Ausweitung von Militärblöcken gewährleistet werden sollte."

Peking zufolge sollte die NATO "die Mentalität des Kalten Krieges und die ideologische Voreingenommenheit aufgeben" und sich stattdessen darauf konzentrieren, "mehr für die Stärkung des gegenseitigen Vertrauens" zu tun. Die anhaltenden Expansionsversuche der NATO verstoße gegen die Souveränität der Länder, gegen ihre Pläne für eine friedliche Entwicklung sowie gegen ihre Geschichte und Kultur.

Die Erklärung der chinesischen Vertretung bei der EU wiederholte im Wesentlichen die Hauptpunkte einer gemeinsamen Erklärung, die der russische Präsident Wladimir Putin und sein chinesischer Amtskollege Xi Jinping vergangene Woche abgegeben hatten.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg kritisierte am Montag Peking für die gemeinsame Positionierung der beiden Länder und wies darauf hin, dass "China zum ersten Mal

gemeinsam mit Russland die NATO auffordert, keine neuen Mitglieder mehr aufzunehmen". Nach Ansicht Stoltenbergs sei dies ein Versuch Moskaus und Pekings, "souveränen Nationen das Recht zu verweigern, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen".

Russland hatte zuvor von den USA schriftliche Sicherheitsgarantien dafür verlangt, dass die NATO nicht in die Ukraine und nach Georgien expandiert, was Moskau als große Bedrohung für seine nationale Sicherheit ansieht.

Die Forderung wurde Mitte Dezember vergangenen Jahres erhoben, als die Spannungen in der Ukraine zunahmen und Washington behauptete, Russland stehe kurz vor einer Invasion des Nachbarlandes. Moskau weist derartige Spekulationen als "Fake News" und unbegründete Versuche, "Hysterie" zu schüren, zurück. Auch zwei Monate später hat noch immer keine russische Invasion stattgefunden, obwohl sie Vertretern der US-Regierung zufolge jeden Moment beginnen könnte.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.02/article/620237f348fbef4b51667c0f.jpg>

de.rt.com: **Livestream der Deutschen Welle in Deutschland: Illegaler Rundfunk?**

Nicht nur RT DE, sondern auch die Deutsche Welle wird aus einem Staatshaushalt finanziert. RT DE wurde aus diesem Grund untersagt, sein Fernsehprogramm als Livestream zur Verfügung zu stellen. Aber auch die Deutsche Welle tut das. Sogar aus Deutschland.

Als die Medienanstalt Berlin-Brandenburg erklärte, RT DE dürfe in Deutschland nicht senden, bezog sich dieses Verbot auch auf sämtliche Varianten eines Livestreams. Begründet wurde dies mit dem Medienstaatsvertrag, der auch Internet-Inhalte als "Rundfunk" behandelt, sofern sie gleichzeitig von einer größeren Menge Zuschauer gesehen werden könnten.

In einem Artikel der Fachzeitschrift DWDL fand sich nun folgende Passage: "Die Staatsferne ist auch der Grund, weshalb die Deutsche Welle keine deutsche Rundfunklizenz besitzt und nur im Ausland sendet. Und auch wenn RT DE und Deutsche Welle inhaltlich kaum weiter auseinander liegen könnten, in diesem Punkt sind sie ziemlich ähnlich. Weil sie von einem Staat finanziert werden, bekommen sie in Deutschland keine Rundfunklizenz."

Wenn für die Deutsche Welle und RT DE die gleichen Kriterien gelten, wie auch von der MABB behauptet, dann dürfte die DW in Deutschland ebenfalls keinen Livestream für ihr Programm betreiben. Das tut sie aber; der Stream ist unter DW.de aufrufbar.

Nun ist die rechtliche Frage die eine, die technische Durchsetzbarkeit eine andere Frage. Die Server, die den Livestream von RT DE liefern, stehen in Russland. Der Server, der den Stream der Deutschen Welle verbreitet, steht in Berlin. Zufällig im Zuständigkeitsbereich der Medienanstalt Berlin-Brandenburg.

Die Deutsche Welle betreibt also, wenn man die Rechtsauffassung der MABB konsequent umsetzt, einen in Deutschland illegalen, weil nicht nur nicht zugelassenen, sondern nicht zulassungsfähigen Rundfunk, indem sie ihr Fernsehprogramm von einem Berliner Server live

streamt. Der Sitz der Deutschen Welle ist unzweifelhaft Bonn; dort werden die Entscheidungen über die Inhalte getroffen. Die Zuständigkeit deutschen Rechts kann nicht bestritten werden.

ZAK und MABB könnten hier sofort ihre Staatsferne und Unabhängigkeit unter Beweis stellen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62028babb480cc4e6b3c1efe.jpg>

de.rt.com: **Sacharowa im RT-Interview: Deutschland hat bei Eskalation um RT DE mit Gegenmaßnahmen zu rechnen**

In einem umfassenden Interview mit RT hat sich die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa unter anderem zur Situation des RT DE-Fernsehsenders geäußert. Die Diplomatin kündigte Gegenmaßnahmen auf jegliche Eskalationsschritte der deutschen Regierung an.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat in ihrem Interview mit RT am Dienstag russische Gegenmaßnahmen auf jegliche unfreundliche Schritte Deutschlands gegenüber dem RT-DE-Fernsehsender angekündigt.

Die Diplomatin betonte, die deutsche Regierung habe im Fall einer weiteren Eskalation der Situation mit einer Antwort der russischen Seite zu rechnen. Sie unterstrich, dass die Antwort aber auch für positive Schritte gelte:

"Wenn die deutsche Führung den Weg des Spannungsabbaus einschlägt und nach für beide Seiten akzeptablen Lösungen sucht, werden sie auch eine Spiegelreaktion sehen. Wir werden genauso antworten. Wir werden auch unser Bestes tun, um zu einem normalen, respektvollen Dialog zurückzukehren."

Darüber hinaus erklärte die Diplomatin, dass es sich beim Sendeverbot für RT DE um eine klare Verfälschung der Tatsachen durch die deutschen Behörden handle. Sie verwies darauf, dass die Entscheidung über den Sender vor allem darauf basiere, dass Deutschland für die Erteilung der Lizenz zuständig sei, weil das Angebot angeblich aus Berlin ausgestrahlt werde. Da keine deutsche Lizenz vorhanden sei, sei die Sendung verboten. Dies sei aber falsch, betonte Sacharowa:

"Tatsache ist, dass die Sendung aus Moskau verbreitet wird, aus Russland – nicht aus Deutschland. Dementsprechend hat Deutschland in diesem Fall nur eine Sprachbindung, ist aber in keiner Weise für die Erteilung der Lizenz zuständig."

Die Sprecherin erwiderte, die Lizenz sei von Serbien erteilt worden und ermögliche gemäß der Europäischen Konvention zu grenzüberschreitendem Fernsehen die Sendung in 33 Staaten. Sacharowa nannte zudem die Vorwürfe der deutschen Seite, dass der Sender angeblich gegen deutsche Regelungen verstoßen habe und ein Staatssender sei, einen "klassischen Trick der Propagandisten".

Am Donnerstag hatte Moskau als Reaktion auf das Sendeverbot für RT DE in Deutschland die

Schließung des Büros und ein Sendeverbote für die Deutsche Welle in Russland angekündigt, die aus dem Staatshaushalt der Bundesrepublik finanziert wird. Viele deutsche Medien und Politiker zeigten sich über die Entscheidung empört und erklärten, die Maßnahmen seien inadäquat und die Fälle RT DE und DW nicht zu vergleichen.



<https://cdn1.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6202a2c5b480cc0cb24183c1.jpg>

snews.de: **Scholz droht Russland erneut „weitreichende Konsequenzen“ an**
Bundeskanzler Olaf Scholz hat Russland im Fall einer Invasion in die Ukraine erneut „weitreichende Konsequenzen“ angedroht.

Diese Konsequenzen wären „politisch, wirtschaftlich und sicher auch geostrategisch“, sagte Scholz am Dienstag in Berlin bei einem Treffen mit Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron und dem polnischen Staatschef Andrzej Duda. Zugleich wies er auf die Notwendigkeit von Verhandlungen hin. „Unser gemeinsames Ziel ist es, einen Krieg in Europa zu verhindern“, sagte er.

Weimarer Dreieck: Erstes Gipfeltreffen seit elf Jahren

Macron war nach seinen Vermittlungsgesprächen in Moskau und Kiew nach Berlin gekommen. Scholz hatte am Montag in Washington mit US-Präsident Joe Biden verhandelt. Das Treffen mit Duda soll zur Abstimmung innerhalb der Europäischen Union beitragen. Solche Dreiertreffen (Deutschland, Frankreich und Polen) werden „Weimarer Dreieck“ genannt. Auf Spitzenebene hatte es ein Treffen dieser Art zuletzt vor elf Jahren gegeben. Warschau übt Kritik am Kurs Berlins in der Ukraine-Krise. Vor allem die Weigerung Deutschlands, Waffen an die Ukraine zu liefern, kommt in Polen nicht gut an. Das Land wünscht sich dort einen härteren Kurs gegenüber Russland.



https://cdn1.snews.de/img/07e6/02/08/5288018_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_18eca442337b3cebd40770ecc7aa0eee.jpg

de.rt.com: **Kasachische Staatsanwaltschaft: "Friedliche Proteste wurden von verschiedenen Kräften ausgenutzt"**

Anfang Januar war es im Land nach einer Preiserhöhung für Erdgas zu anfangs friedlichen Massenprotesten gekommen, die später in gewalttätige Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften mündeten. Die Regierung macht dafür Provokateure verantwortlich. Kasachische Behörden haben am Montag erklärt, dass die in gewalttätige Auseinandersetzungen ausufernden Proteste im Januar "von verschiedenen Kräften benutzt" worden seien, wie die amtliche türkische Nachrichtenagentur Anadolu berichtete. Der Staatsanwalt Rizabek Ojarow gab auf einer Pressekonferenz zum Stand der Ermittlungen zu den Unruhen an, die als friedliche Proteste begannen, dass die Proteste, die beinahe alle Landesteile ergriffen hatten, von "mehreren extremistischen Gruppen" für ihre eigenen Zwecke ausgenutzt worden seien. Er sagte:

"Jetzt wissen wir mit Sicherheit, dass die friedlichen Proteste von verschiedenen Kräften ausgenutzt wurden."

Kasachstan war Ojarow zufolge einem "koordinierten hybriden Angriff" ausgesetzt. Das Handeln mancher Akteure bei den Protesten sei ein klares Zeichen für ihren politischen Extremismus. Die Generalstaatsanwaltschaft führe derzeit umfangreiche Untersuchungen zu den Unruhen durch.

"Derzeit befinden sich 18 Mitglieder der organisierten Kriminalität und 35 Mitglieder verbotener extremistischer Bewegungen in Haft. Unter ihnen ist ein Mitglied einer kriminell orientierten Gruppe einer subversiven religiösen Bewegung."

Das eigentliche Ziel der in der Protestbewegung aktiven Provokateure sei die Übernahme der Staatsmacht durch Waffengewalt gewesen. Zudem äußerte sich Ojarow zum Fall des kurz nach Ausbruch der Proteste abgesetzten Nachrichtendienstchefs Kärim Mäsimow:

"Die Ermittlungen gegen den ehemaligen Leiter des Nationalen Sicherheitskomitees und zwei seiner Stellvertreter wegen des Verdachts auf Hochverrat und gewaltsame Machtübernahme werden fortgesetzt. Wir prüfen den Verdacht, dass einige Mitarbeiter der Sicherheitskräfte die Bewegungen von Spezialkräften, die für die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung zuständig sind, absichtlich behindert haben."

Die Haft von 467 Personen dauere an. Ihnen wird die Teilnahme an Randalen sowie an terroristischen Angriffen vorgeworfen. Zufällige Zivilisten befänden sich aber nicht in Haft. Während der Proteste im Januar wurden laut dem Staatsanwalt insgesamt über 3.000 Waffen gestohlen. Rund die Hälfte von ihnen stamme aus dem Arsenal des Militärs, die andere Hälfte aus zivilen Waffengeschäften.

"Nur die Hälfte dieser Waffen wurde von den Sicherheitskräften beschlagnahmt. Der Rest befindet sich noch in den Händen von Unbekannten."

Im Januar hatten nach einer später wieder zurückgenommenen Preiserhöhung für Erdgas Massenproteste und gewalttätige Auseinandersetzungen das Land erschüttert. Die kasachische Regierung bat die Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit (OVKS) um Unterstützung. Das Friedenskontingent, bestehend aus Soldaten aus Russland, Kirgistan, Armenien und Weißrussland, blieb nur wenige Tage im Land. Inzwischen zogen sich alle ausländischen Truppen wieder zurück.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6202b349b480cc0cb24183e3.jpg>

vormittags:

de.rt.com: **China ruft zum Kampf gegen unilaterale Sanktionen auf**

Mit scharfen Worten kritisierte Chinas UN-Botschafter die von nur wenigen, vor allem westlichen Staaten verhängten völkerrechtswidrigen unilateralen Sanktionen. Aber auch bei legitimen UN-Sanktionen müsse man darauf achten, ungewollte negative Auswirkungen zu minimieren.

Peking hat sich dafür ausgesprochen, die negativen Konsequenzen von Sanktionen stärker zu berücksichtigen. Der chinesische Diplomat Zhang Jun, Pekings Ständiger Vertreter bei den Vereinten Nationen, rief am Montag den UN-Sicherheitsrat dazu auf, ein "umsichtiges und verantwortungsbewusstes Vorgehen" einzuschlagen. Das höchste Gremium der UNO erörterte die Frage, wie man humanitäre und unbeabsichtigte Folgen von Sanktionen vermeiden kann. Insbesondere wurden die UN-Sanktionen gegen Nordkorea sowie unilaterale Sanktionen thematisiert. Zhang erklärte:

"China hat stets die Position vertreten, dass alle UN-Mitgliedsstaaten verpflichtet sind, die vom Rat genehmigten Sanktionen nach Treu und Glauben umzusetzen, der Rat jedoch einen umsichtigen und verantwortungsvollen Ansatz für Sanktionen wählen sollte."

In den letzten 20 Jahren habe es einen Trend zur Ausweitung des Sanktionsregimes durch den UN-Sicherheitsrat gegeben. Die unbeabsichtigten Folgen dieser Sanktionen, auch auf das Wohlergehen der Bevölkerung der betroffenen Staaten, könne man nicht ignorieren. Die Strafmaßnahmen hätten zunehmend die normalen wirtschaftlichen und sozialen Aktivitäten der Bevölkerung dieser Staaten und auch von Drittstaaten beeinträchtigt. Der chinesische Diplomat sprach sich für ein Umdenken aus:

"Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie wir die Gestaltung und Umsetzung der Sanktionen des Rates verbessern können, um ihre negativen Auswirkungen zu minimieren."

Das eigentliche Ziel von Sanktionen sei die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine politische Lösung einer Krise, so der chinesische Diplomat.

"Sie sind kein Ersatz für diplomatische Bemühungen. Der Rat sollte den Impuls zügeln, zu leicht auf Sanktionen oder die Androhung von Sanktionen zurückzugreifen."

Man müsse stattdessen stärker auf andere Wege setzen, die nicht auf Zwang beruhen, wie Mediation und Verhandlungen. Es sei notwendig, Intensität und Umfang von auf Zwang basierenden Maßnahmen wie Sanktionen mit klaren Vorgaben zu bestimmen, mit dem Ziel, ungewollte Nebeneffekte zu minimieren. Insbesondere dürfe humanitäre Hilfe nicht als Zuwiderhandlung gegen UN-Sanktionen eingestuft werden.

Mitgliedsstaaten der UNO hätten die Pflicht, die vom Sicherheitsrat verhängten Sanktionen zu befolgen, dabei müssten sie sich jedoch sehr genau an die Vorgaben halten und weder über sie hinausgehen noch sie nur teilweise umsetzen.

Chinas UN-Botschafter schlug vor, dass der Sicherheitsrat die humanitären, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Sanktionen gründlich beobachten und auswerten sollte. Transparente und standardisierte Ausnahmeregelungen zu den Sanktionen müssten geschaffen werden. Zhang forderte zudem, keine neuen Sanktionen mehr ohne ein automatisches Ablaufdatum einzuführen.

Die gegen Nordkorea verhängten Sanktionen hätten zu "ernsthaften humanitären Konsequenzen" geführt. Der Zugang des Landes zu landwirtschaftlichen und medizinischen Geräten sowie sanitären Einrichtungen sei stark beschnitten worden. Zwar hätten China und Russland eine Resolution vorgeschlagen, um die negativen humanitären Effekte der Sanktionen zu beheben und die Rückkehr zu einem politischen Dialog zur Lösung der Krise zu ermöglichen, jedoch hätten einige wenige UN-Sicherheitsratsmitglieder diesen Vorschlag torpediert. Zu unilateralen Sanktionen erklärte Chinas UN-Botschafter, dass alle Staaten sich ihres Schadens bewusst werden müssten:

"Einseitige Sanktionen, oft unter dem falschen Namen der Umsetzung von Sicherheitsratsanktionen, haben zu großen Katastrophen und Chaos geführt."

Dabei sei die UNO in Misskredit gebracht worden. Auch habe dieser Umstand die Autorität und Wirksamkeit der tatsächlich von der UNO verhängten Sanktionen untergraben. Zhang betonte, dass einseitige Sanktionen äußerst schädlich seien. Auch sei besorgniserregend, dass es eine Handvoll Staaten versäumt habe, ihre einseitigen Sanktionen einzuschränken. Im Gegenteil hätten sie immer mehr solcher Sanktionen verhängt, sodass es erscheine, als ob sie danach süchtig seien.

"Wir haben gesehen, dass einseitige Sanktionen, die unter verschiedenen Namen verhängt worden waren, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie den wissenschaftlichen und technologischen Fortschritt der betroffenen Länder behindert, eine verschärfte humanitäre Krise ausgelöst, die Grundrechte der Zivilbevölkerung, einschließlich der Rechte von Frauen und Kindern, verletzt und der Harmonie und Stabilität der internationalen Beziehungen großen Schaden zugefügt haben."

China rufe die Staaten, die für die einseitigen Sanktionen verantwortlich sind, dazu auf, sie sofort einzustellen und ihre negativen Auswirkungen anzugehen. Die internationale Gemeinschaft müsse sich zusammenschließen, um gegen solche "unrechtmäßigen Handlungen" vorzugehen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62028ce948fbef47a73c3565.jpeg>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 8. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **In Ukraine-Krise: Japan bereit, Flüssigerdgas nach Europa zu liefern**
Japan plant, Europa einen Teil seiner Flüssiggasreserven zur Verfügung zu stellen, da die

schwelenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen wegen der Ukraine die Energiesicherheit in der Region untergraben. Das teilte die Nachrichtenagentur Kyodo News unter Berufung auf Regierungsquellen am Mittwoch mit.

Japan, bedeutender Flüssigerdgasimporteure, werde zunächst die Versorgung für den heimischen Bedarf sicherstellen, bevor es die europäischen Länder unterstütze, die im Falle eines Einmarsches Moskaus in der Ukraine mit einer Unterbrechung der russischen Gasversorgung rechnen müssten, so die Quellen.

Die Regierung wird laut den Quellen wahrscheinlich japanische Unternehmen, die im Erdgasgeschäft tätig sind, um ihre Mitarbeit bitten.

Da etwa 40 Prozent der europäischen LNG-Importe aus Russland stammen würden, hätten die Vereinigten Staaten Japan darum gebeten, seine Energiehilfe auszuweiten, um eine stabile Energieversorgung während des Winters sicherzustellen, so die Nachrichtenagentur.

Die Vereinigten Staaten drohen Russland mit Sanktionen, falls Russland in die Ukraine einmarschiert. Es wächst laut der Agentur die Sorge, dass Moskau als Vergeltung für die westlichen Sanktionen seine LNG-Exporte erheblich einschränken könnte.

Bei einem Treffen des Energierates in Washington Anfang dieser Woche bekräftigten die Vereinigten Staaten und die Europäische Union ihre Entschlossenheit, die Risiken im Zusammenhang mit der Energieversorgung einzugehen.

Doch in Japan übersteigt die Nachfrage nach LNG für Heizzwecke im Februar das Angebot, so ein Vertreter der Energiewirtschaft.

„Wir werden prüfen, ob wir etwas tun können, ohne den Alltag der Menschen zu beeinträchtigen“, erklärte der Minister für Wirtschaft, Handel und Industrie, Koichi Hagiuda, Anfang des Monats.

Obwohl Japan in diesem Winter über einen größeren LNG-Vorrat verfügt als im letzten, glauben einige im Energiesektor, es würde aufgrund eines möglichen Nachfrageschubs schwierig sein, im Februar das Flüssigerdgas nach Europa zu liefern.

Zuvor hatte es Mitteilungen gegeben, dass die USA über 20 Tanker mit Erdgas nach Europa geschickt hatten.

Russland wird mittlerweile vorgeworfen, die Energielieferungen für geopolitische Zwecke zu nutzen. Russland hatte seinerseits die Vorwürfe mehrmals zurückgewiesen und betont, den Verpflichtungen für die Gaslieferungen nachzukommen. Moskau dementiert die Pläne, die Situation um die Ukraine zu eskalieren, und hat keine Absicht, jemanden anzugreifen.

Der Hauptgrund für die Eskalation sind aus Moskaus Sicht verstärkte Waffenlieferungen der USA und der Nato an die Ukraine, wo auch die Zahl westlicher Ausbilder zugenommen hat.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/09/5288405_0:100:1921:1180_1920x0_80_0_0_8ad933510c61c5a70642de6c8202685f.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung für den Zeitraum vom 8. Februar 3:00 Uhr bis 9. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK eine Verletzung des unbefristeten Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaft **Wesjoloje**.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 3.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 2 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

deu.belta.by: RF-Außenministerium: Im Gegensatz zu NATO will OVKS keine politischen Systeme anderer Länder ändern

Im Gegensatz zur NATO will die OVKS keine Änderungen der politischen Systeme in anderen Ländern. Das erklärte heute Alexander Pankin, stellvertretender russischer Außenminister, auf der Konferenz "Kollektive Sicherheit in einer neuen Ära: Erfahrungen und Perspektiven der OVKS", die heute in Moskau im Internationalen Diskussionsklub „Valdai“ mit Unterstützung des russischen Außenministeriums stattfindet, wie ein BelTA-Berichterstatteer mitteilt.

"Die Art und das Ausmaß der neuen Herausforderungen und Bedrohungen, die wir aufzählen können - Drogen, Cyberspace usw. - scheinen für alle gleich zu sein, aber es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen den Bedrohungen, denen wir - Russland und unsere Verbündeten – oder beispielsweise die NATO-Länder ausgesetzt werden. Glauben Sie mir, niemand von uns - weder Russland noch unsere Verbündeten - plant Revolutionen oder einen Machtwechsel der kapitalistischen, liberalen, konservativen oder einer anderen Koalition in einem bestimmten Land, in den NATO-Mitgliedsstaaten, und wir unternehmen auch keinerlei Anstrengungen, so etwas zu tun“, machte Alexander Pankin aufmerksam.

"Es gab keine Machtwechselversuche unter dem Einfluss eurasischer, chinesischer, russischer oder OVKS-Faktoren", betonte Alexander Pankin. „Und gleichzeitig möchte ich Sie daran erinnern, dass unser Land aus irgendeinem Grund nicht nur aufmerksam beobachtet wird, sondern auch im Visier aktiver Bemühungen um einen politischen Wandel ist“, so Alexander Pankin.

"Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass wir als eine Organisation, als eine Gemeinschaft von Verbündeten, nicht abzielen, die Einstellung, die Denkweise und das politische System in einen anderen Land zu ändern. Das ist nicht unser Fall", sagte er. Der stellvertretende russische Außenminister wies darauf hin, dass jedes OVKS-Land mit Außenversuchen der Änderungen seiner politischen Ordnung bis hin zur Platzierung von politischen Persönlichkeiten konfrontiert werde. "Samtene, farbige und andere Revolutionen sind eine Verkörperung dieser Versuche", unterstrich er.

"Der zweite Punkt, der den Unterschied zwischen uns macht, wäre, dass die OVKS ein Herzstück ist, das das System der kollektiven Sicherheit im OVKS-Zuständigkeitsbereich umfasst. Zu unserem Zuständigkeitsbereich gehören weder der Nahe Osten, der an uns angrenzt, noch der Ferne Osten, Westen bzw. Norden. Unser Zuständigkeitsbereich ist unser eigener Raum. Das Gebiet der NATO und ihrer Verbündeten ist hingegen global. Und das macht den Unterschied", unterstrich Alexander Pankin.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1644393693_59734_big.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 9. Februar um 9:00 Uhr 24.714 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
 2349 Personen sind derzeit erkrankt, 19.164 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
 Seit Beginn der Pandemie gibt es 3201 Todesfälle.

snanews.de: **Weimarer Dreieck: Nato-Abschreckungsstrategie gegenüber Russland fortlaufend überprüfen**

Deutschlands Bundeskanzler und die Präsidenten Frankreichs und Polens haben bei ihrem Treffen in Berlin festgestellt, dass die Nato ihre Strategie gegenüber Russland regelmäßig überprüfen muss, um sie im Fall einer Verschlechterung der Sicherheitslage zu revidieren. Das geht aus einer gemeinsamen am Dienstag veröffentlichten Erklärung hervor.

„Im Einklang mit dem dualen Ansatz der Allianz stimmten die Staats- und Regierungschefs überein, dass die Allianz ihre Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie fortlaufend überprüfen muss, mit der Bereitschaft, diese soweit nötig an eine weitere Verschlechterung der Sicherheitslage anzupassen, einschließlich im Rahmen der Nato-Beistandsinitiative „Enhanced Forward Presence“, hieß es.

Das Treffen des sogenannten „Weimarer Dreiecks“ fand am 8. Februar statt. Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich mit Polens Präsident Duda und Frankreichs Präsident Macron in Berlin über sein Treffen mit US-Präsident Biden und über Macrons Besuch bei Präsident Putin beraten. Für die Lösung der Ukraine-Krise bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihr Festhalten an den Minsker Vereinbarungen.

„Sie sprechen sich für diplomatische Bemühungen aus und unterstützen das Normandie-Format bei der Erfüllung der Minsker Vereinbarungen“, hieß es in der Erklärung.

Moskau nimmt die Lage an der Trennlinie im Donbass als besorgniserregend wahr. Seit mehreren Monaten stellt Russland fest, dass Kiew dort schwere Waffen und Kräfte konzentriert. Moskau schließt nicht aus, dass die ukrainische Regierung Pläne zur gewaltsamen Lösung des Konflikts im Südosten des Landes schmiedet, während die westlichen Länder darüber hinwegsehen, weiterhin Waffen an die Ukraine liefern und Militärausbilder schicken.

Darüber hinaus blockiert Kiew die Arbeit in der Minsker Kontaktgruppe, verweigert den direkten Dialog mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und arbeitet an Gesetzen, die in direktem Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen stehen.

Russland hatte Ende 2021 Entwürfe eines Vertrages mit den USA und eines Abkommens mit

der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Moskau fordert von den westlichen Partnern juristisch bindende Garantien für den Verzicht auf die Osterweiterung der Nato, auf die Aufnahme der Ukraine in die Allianz und auf die Einrichtung von Militärbasen in postsowjetischen Ländern.

Die USA und die Nato haben am 26. Januar ihre schriftlichen Antworten auf die Vorschläge an Moskau überreicht. Dem russischen Außenministerium zufolge haben die westlichen Staaten dort den wichtigsten Punkt – über die Nato-Osterweiterung – ignoriert. Der Inhalt wird auf Wunsch der US-Seite nicht veröffentlicht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/09/5288793_0:0:3641:2048_1920x0_80_0_0_7245c4b9724055d689f0cdee340da9a4.jpg

Mzdnr.ru: Am 8. Februar wurden in der DVR 5141 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 2046 positiv, bei 10 Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 128 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 11 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 86 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 965 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 404 mit Sauerstoffunterstützung (+25 in den letzten 24 Stunden).

Am 9. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 135.185 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

14.752 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.844 als gesund entlassen, es gibt 9589 Todesfälle.

de.rt.com: **Pjöngjang spricht unheilvolle Warnung an Washington aus**

Nordkorea könnte die Welt erschüttern, indem es eine Rakete auf die USA abfeuert. Dies verkündete das Außenministerium in Pjöngjang. Andere Länder würden ihre Zeit damit verschwenden, sich Washington in blindem Gehorsam zu unterwerfen.

In einer Erklärung vom Dienstag behauptete Nordkorea, es könne "die Welt erschüttern", indem es eine Rakete auf die Vereinigten Staaten abfeuert. Man verfüge über Wasserstoffbomben, Interkontinentalraketen und Hyperschallraketen, hieß es aus Pjöngjang. Das nordkoreanische Außenministerium erklärte Reuters zufolge:

"In der heutigen Welt, in der viele Länder ihre Zeit damit verschwenden, den Vereinigten Staaten mit Unterwerfung und blindem Gehorsam zu begegnen, gibt es nur unser Land auf diesem Planeten, das die Welt erschüttern kann, indem es eine Rakete auf das US-amerikanische Festland abfeuert."

"Es gibt mehr als 200 Länder auf der Welt, aber nur wenige haben Wasserstoffbomben, interkontinentale ballistische Raketen und Hyperschallraketen."

Pjöngjang bezeichnete die jüngste Reihe von Rakentests ebenfalls als "bemerkenswerte Erfolge", betonte aber, dass das Land letztlich nur an einer "Kriegsabschreckung" interessiert sei.

Ein Sprecher des US-Außenministeriums erklärte der Nachrichtenagentur The Hill, Washington sehe in Pjöngjang "eine Bedrohung für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit sowie für globale Nichtverbreitungsabkommen über Atomwaffen", betonte aber, dass die USA "keine feindlichen Absichten" gegenüber der zurückgezogen lebenden Nation hegten.

Die USA seien entschlossen, die Reichweite der "gefährlichsten Waffenprogramme" Nordkoreas zu begrenzen und die Sicherheit des US-Militärs und seiner Verbündeten zu gewährleisten.

Nordkorea hat allein in diesem Jahr bereits sieben Rakentests durchgeführt. Mehrere Raketen wurden in Richtung Japanisches Meer abgefeuert. Vergangene Woche bestätigte Pjöngjang, erstmals seit dem Jahr 2017 eine ballistische Mittelstreckenrakete des Typs Hwasong-12 abgefeuert zu haben. Es wird angenommen, dass die Rakete in der Lage ist, das US-Territorium Guam zu erreichen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62035b48b480cc7fd22bf7d7.jpg>

Armiyadnr.su: **Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

In den letzten 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 56. Brigade von den Positionen in Peski aus **Wesjoloje** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen 20 Stück **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in drei Ortschaften** auf dem von Kiew kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade:

12 152mm-Haubitzen 2S3 „Akazija“ in der Nähe von Wohnhäusern in Chlebodarowka;

6 Schützenpanzer und ein Panzertransporter in Bogdanowka.

Aus dem Bestand der 36. Marineinfanteriebrigade:

ein Panzertransporter in Schirokino.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung von verbotenen Waffen der 95. und 36. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Pantelejmonowka, Wodjanoje und Pischtschewik zu blockieren. Außerdem wurde am Trennungsabschnitt auf den ehemaligen Positionen der ukrainischen

Streitkräfte der Aufenthalt eines Kämpfers der 53. Brigade festgestellt.
Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission 29 vom 08.02.2022 bestätigt.

de.rt.com: **RT DE geht gegen die Entscheidung der MABB gerichtlich vor**

Nachdem die Medienanstalt Berlin-Brandenburg in der vergangenen Woche RT DE den Sendebetrieb untersagt hat, hat RT DE rechtliche Schritte angekündigt. In einer Pressemitteilung erläuterte das Unternehmen sein Vorgehen.

Nachdem in der vergangenen Woche die Medienanstalt Berlin-Brandenburg den Sendebetrieb von RT DE untersagt hatte, hat die RT DE Productions GmbH die angekündigten rechtlichen Schritte unternommen. In einer Presseerklärung hierzu teilte sie mit:

"Die RT DE Productions GmbH hat gestern Abend eine Klage gegen die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) beim Verwaltungsgericht Berlin eingereicht.

Wir meinen, dass die Regulierungsbehörde mit ihrer Entscheidung gegen RT DE Productions GmbH am 2. Februar 2022 rechtswidrig gehandelt hat. Die MABB behauptet, dass RT DE Productions GmbH für die Ausstrahlung des Senders RT DE verantwortlich sei und ignoriert dabei offenkundig die Tatsache, dass die RT DE-Sendung von TV Novosti mit Sitz in Moskau verwaltet und verbreitet wird.

Die MABB-Entscheidung wurde ohne Rücksicht auf Tatsachen getroffen und beruht auf Spekulationen, die nicht in einemungsverfahren korrekt untersucht wurden. Wir haben unmissverständlich klargestellt, dass RT DE Productions GmbH ausschließlich als Produzent von Inhalten für TV Novosti tätig ist, sowie unzweideutig belegt, dass wir nicht der verantwortliche Sender von RT DE sind. Wir vertrauen daher darauf, dass das zuständige Verwaltungsgericht die Fehlentscheidung der MABB aufheben wird."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620379c248fbef49ec77426d.jpeg>

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin am 9. Februar 2022**

Guten Tag, sehr geehrte Kollegen!

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt und hat eine Tendenz zur weiteren Verschärfung.

Der Gegner führt weiter Maßnahmen durch, die wir als Vorbereitung zu Angriffshandlungen bewerten.

In **Richtung Donezk**, weniger als 15 km von unseren Positionen stellt die Aufklärung der Volksmiliz die Verlegung ukrainischer Panzer fest.

So wurde im Gebiet von **Nowotroizkoje** die **Verlegung einer Panzerkompanie** der der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte bemerkt, am nordwestlichen Rand von **Awdejewka** wurde die **Stationierung von zwei Panzerzügen** bemerkt.

Die gleiche Situation entstand in **Richtung Gorlowka**. Am westlichen Rand von

Nowgorodskoje wurde die **Ankunft einer Panzerkompanie** der 95. Luftsturmbrigade festgestellt. Wir merken an, dass in der letzten Woche mit den Panzersoldaten der 95. Brigade intensive Übungen zur Schieß- und taktischen Ausbildung mit Bearbeitung von Fragen zum Angriffsthema durchgeführt wurden.

In denselben Gebieten sind aktiv Mittel der elektronischen Kriegsführung des Gegners in Betrieb, was es den OSZE-Beobachtern nicht erlaubt, Luftmonitoring durchzuführen und mit Hilfe von Drohnen die Stationierung verbotener schwerer Waffen der ukrainischen Streitkräfte zu erfassen.

Verwunderung ruft die Loyalität der Führung der OSZE-Mission bezüglich des Einsatzes von Mitteln der elektronischen Kriegsführung durch die ukrainischen Streitkräfte hervor. Es entsteht der Eindruck, dass die OSZE-Beobachter mit der Lage der Dinge, dass es nicht möglich ist, Verstöße von Seiten der Ukraine zu erfassen, zufrieden sind. Die **Vorbereitung von Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Armee** in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte **auf Angriffshandlungen** im Donbass geht weiter.

In der 54. mechanisierten Brigade hat eine Kommission der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ der ukrainischen Streitkräfte die Kontrolle der Ausstattung und der Reparatur von defekter Technik abgeschlossen. Nach der Schlussfolgerung der Kommission ist die Brigade zum Angriffshandlungen bereit.

Vor dem Hintergrund der Vorbereitung des Gegners auf aktive Kampfhandlungen haben die ukrainischen **Kräfte für informationspsychologische Operationen ihre Aktivitäten verstärkt.**

So haben ukrainische Propagandisten des 74. Zentrums für informationspsychologische Operationen der ukrainischen Streitkräfte im Rahmen der Informationskampagne „Crushing Sword“ inszenierte Videos, die auf eine Diskreditierung der Verteidiger des Donbass gerichtet sind, erstellt und verbreitet.

Wir haben die Ausgangsvideomaterialien dieser Videos erhalten, auf denen es Bilder von der Erstellung der inszenierten Videos gibt, die noch nicht montiert wurden. Mit diesen Materialien können sie sich über folgende Links bekannt machen:

<https://rutube.ru/video/cdb383353c45ea39dde5b0db632fc641/>

<https://rutube.ru/video/118338ba5aedd52e66b1e5443450e1f7/>

Außerdem hat die geheimdienstliche Aufklärung der Volksmiliz der DVR Informationen über die **Stationierung von Systemen für Feldreparaturpunkte** in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte erhalten.

Auf einer Sitzung zu dieser Frage im ukrainischen Generalstab berichtete der Generaldirektor von „Ukroboronprom“ Ju. Gussew über die Bereitschaft, Spezialisten und Reparaturausrüstung aus den Panzerwerken in Charkow, Shitomir, Lwow und Nikolajew bereitzustellen.

Derzeit läuft eine Suche durch Vertreter des Stabs der OOS gemeinsam mit den Leitern der Donezker und der Lugansker militärisch-zivilen Administration nach passenden Industriegebäuden.

Vor dem Hintergrund der Vorbereitung einer ukrainischen Aggression gegen die unabhängigen Republiken, gibt es eine **große Zahl von Freiwilligen, die bereit sind, zusammen mit den Soldaten der Volksmiliz die Unabhängigkeit des Donbass gegen das nazistische Kiewer Regime zu verteidigen.** Außerdem hat die Zahl derjenigen zugenommen, die in der Volksmiliz der Donezker Volksrepublik Dienst leisten wollen.

Zu uns kommen Freiwillige aus inneren Regionen der Ukraine, die die Regierung der ukrainischen Nationalisten nicht weiter ertragen wollen, aus Ländern der GUS und anderen europäischen Staaten.

Die Volksmiliz der DVR ist bereit, die ukrainischen Aggressoren angemessen abzuwehren. Die Volksmiliz verfolgt weiter die Veränderungen der Lage, wir werden Sie weiter über alle

Veränderungen informieren.
Danke für die Aufmerksamkeit!

snanews.de: **Ukrainischer Botschafter vergleicht deutsche Finanzhilfe für Kiew mit der für Sudan oder Somalia**

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, hat Deutschland mangelnde finanzielle Unterstützung der Ukraine vorgeworfen, die aus seiner Sicht der von Südsudan oder Somalia entspricht. Die Ukraine schätze aber auch diese Hilfe, sie sei „nicht undankbar“, betonte Melnyk in einem Interview mit Deutschlandfunk.

„Alles ist in Relation, und wenn wir schauen, wie viel Entwicklungshilfe wir aus Deutschland erhalten haben, dann steht die Ukraine auf dem Platz Nummer 13 hinter Kongo und vor Tunesien“, beschwert sich der Botschafter. Allein China bekomme aus Deutschland als Entwicklungshilfe fast 500 Millionen Euro, „und wir sind da in der Größenordnung mit Südsudan oder Somalia“.

„Wie gesagt, wir schätzen diese Hilfe, wir sind nicht undankbar. Aber man muss auch klar sagen, dass von über 130 Milliarden Euro Entwicklungshilfe in den letzten sieben Jahren die Ukraine 0,5 Prozent erhalten hat. Prioritätensetzung sieht anders aus“, sagte Melnyk.

Angesprochen auf die Erwartungen der Ukraine bei der Lösung der aktuellen Krise forderte Melnyk von Berlin, der EU und der Nato unverzügliche Präventivsanktionen gegen Russland. „Nord Stream 2 hätte schon längst auf dem Meeresgrund der Ostsee begraben werden müssen als Denkmal von Leichtsinnigkeit der vergangenen Politik, die leider auch heute fortgesetzt wird“, sagte der ukrainische Botschafter.

Zu den weiteren Schritten des Westens sollen aus seiner Sicht „ein Embargo für Erdgas und Erdöl, aber auch Kohleexporte“ aus Russland gehören. „Deutschland importiert die Hälfte seiner Kohle immer noch aus Russland“, kritisierte Melnik. Er forderte auch den Ausschluss Russlands vom Zahlungssystem SWIFT sowie persönliche Sanktionen.

Melnyk ist Autor von mehreren umstrittenen Äußerungen. So hatte er voriges Jahr gesagt, dass Berlin der Ukraine helfen soll, die Kontrolle über die Halbinsel Krim zurückzugewinnen. Dies sei die „moralische Pflicht der Bundesrepublik“, die „in erster Linie auch von der immerwährenden historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber der Ukraine für die NS-Gewaltherrschaft mit über acht Millionen ukrainischen Kriegsopfern“ herrühre.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1c/4123696_0:159:3076:1889_1920x0_80_0_0_580a7a6fe639ce781a95077ecb880948.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Abwehrrakete im israelischen Luftraum explodiert: Neuerlicher israelischer Luftangriff auf Syrien**

Am frühen Mittwochmorgen heulten im Norden Israels die Sirenen, nachdem Tel Aviv einen Luftangriff auf einen Vorort von Damaskus geflogen hatte. Die israelische Armee bestätigte, dass eine von Syrien abgefeuerte Flugabwehrrakete die Sirenen ausgelöst habe. Als Reaktion auf die Flugabwehrrakete griffen die israelischen Streitkräfte syrische Flugabwehrbatterien an.

Am frühen Mittwochmorgen heulten im Norden Israels die Sirenen, nachdem syrische Staatsmedien über einen israelischen Luftangriff in einem Vorort von Damaskus berichtet hatten. Wie die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) bestätigten, habe eine von Syrien abgefeuerte Flugabwehrrakete die Sirenen ausgelöst, als sie in den israelischen Luftraum eindrang. Das Geschoss soll kurze Zeit später in der Luft explodiert sein. Die Abwehrrakete wurde nach Angaben der syrischen Nachrichtenagentur SANA als Reaktion auf einen israelischen Luftangriff abgefeuert.

Als Antwort auf die Flugabwehrrakete griffen die israelischen Streitkräfte nach eigenen Angaben syrische Radaranlagen und Flugabwehrbatterien an:

"Als Reaktion auf die Flugabwehrrakete, die heute Morgen aus Syrien abgefeuert wurde, haben wir gerade Boden-Luft-Raketenziele in Syrien getroffen, einschließlich Radar- und Flugabwehrbatterien", teilten die israelischen Streitkräfte auf Twitter mit.

Reuters zufolge starb bei dem Luftangriff ein syrischer Soldat, fünf weitere wurden verletzt. Tel Aviv soll insgesamt zwei Wellen von Angriffen gestartet haben. Die israelischen Flugzeuge seien dabei über dem Libanon gesichtet worden. SANA zitierte eine syrische Militärquelle und teilte mit, der zweite Angriff sei mit Boden-Boden-Raketen von den israelisch besetzten Golanhöhen aus erfolgt.

Die israelischen Angriffe auf Syrien sind nach Angaben der israelischen Armee hauptsächlich darauf ausgerichtet, den Ausbau des "iranischen Einflusses" in Syrien abzuwenden und Waffentransporte über Syrien an die Hisbollah zu unterbinden. Damaskus hat wiederholt an den UN-Sicherheitsrat appelliert, Druck auf Tel Aviv auszuüben, damit die Souveränität Syriens nicht weiter systematisch verletzt werde. In einer gemeinsamen Erklärung auf der 17. Sitzung des Astana-Prozesses verurteilten Moskau, Teheran und Ankara die anhaltenden israelischen Angriffe auf Syrien. Sie stellten fest, dass diese Attacken eine Bedrohung für die Stabilität und Sicherheit der Region darstellen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6203909748fbef466a79371d.jpg>

snanews.de: **Russischer EU-Botschafter nennt Bedingung für größere Gaslieferungen nach Europa**

Eine Erweiterung der Gaslieferungen in europäische Länder ist bei einer entsprechenden Nachfrage möglich, diese ist jedoch wegen hoher Gaspreise nicht zu beobachten, sagte der russische EU-Botschafter Wladimir Tschischow gegenüber SNA.

Die EU-Kommission hatte im vergangenen Jahr hervorgehoben, dass die Preise für den

blauen Brennstoff zyklisch seien und durch den globalen Markt festgelegt würden. Eine der Ursachen für den starken Preisaufschwung sei eine Wiederherstellung der Weltwirtschaft. Im Oktober hieß es bei der EU-Kommission auch, dass Gazprom, der Hauptlieferant von Gas für die Europäische Union, langfristige Verträge mit Käufern zwar erfülle, jedoch eine höhere Nachfrage nicht befriedigt habe im Unterschied zu den vergangenen Jahren. EU-Chefdiplomat Josep Borrell verwies Anfang Februar darauf, dass die Energieträgerpreise wegen Problemen mit Nachfrage und Angebot auf globalem Niveau angestiegen seien. „Für den Verkauf von Gas ist notwendig, dass jemand im Voraus seine Bereitschaft meldet, Gas zu kaufen. Denn das durch eine Rohrleitung transportierte Gas kann nicht mehr zurückgepumpt werden. Dabei berechnen potentielle Käufer in Europa die Kosten in Loko-Preisen und denken natürlich, dass es besser wäre, den heutigen Preisgipfel vorübergehen zu lassen. Früher oder später werden die Preise sinken – niemand zweifelt daran“, erläuterte Tschischow.

In den Speichern Europas gibt es Gas, und der jetzige Winter ist recht mild, so Tschischow weiter. „Wäre der Winter rauer und wären die Vorräte schneller erschöpft, würden europäische Unternehmen selbst zu höheren Preisen zusätzlich Gas kaufen. Jetzt aber (...) liegen keine Einkaufsaufträge vor; da es keine Bestellungen gibt, gibt es auch keine Lieferungen“, sagte der Diplomat.

Die spürbare Gasverteuerung in Europa hat im Frühjahr 2021 begonnen, als der durchschnittliche Loko-Preis nach dem TTF-Index im Bereich zwischen 250 und 300 Dollar je 1000 Kubikmeter schwankte. Ein „Next-Day“-Liefervertrag hatte in den letzten Sommertagen einen Wert von mehr als 600 Dollar und Anfang Oktober bereits die Grenze von 1000 Dollar überschritten. Im Dezember stiegen die Notierungen auf das Doppelte und erreichten ein historisches Hoch von 2190,4 Dollar. In der ganzen Geschichte der Gashubs Europas – seit 1996 – hat es keine so stabilen Spitzenpreise gegeben.

Wie der russische Präsident Wladimir Putin erläuterte, hat Russland mit der entstandenen Situation um die Preise nichts zu tun – denn die Europäer hätten selbst Probleme in diesem Bereich für sich geschaffen.

Vizepremier Alexander Nowak erläuterte, dass die EU-Kommission einen zielgerichteten Kurs auf den Wechsel von langfristigen Verträgen zu Loko-Verträgen gesteuert habe. Doch solche Lieferungen kämen dorthin, wo die Preise höher seien, und ermöglichten nicht einmal eine mittelfristige Voraussagbarkeit. Seinen Worten nach ist Russland bereit, die Förderung und die Lieferungen von Gas nach Europa zu steigern, aber Gazprom brauche hierfür langfristige Verträge, denn in einem solchen Fall würden höhere Investitionen erforderlich sein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0e/5014196_0:119:2623:1594_1920x0_80_0_0_b203d01160ac97425581dc5db9a9d01f.jpg

de.rt.com: **Moskau: Japan schürt Hysterie im Streit mit Russland über Kurilen**

Moskau ist der Ansicht, dass japanische Politiker zu viel Zeit mit dem andauernden Streit mit Russland über eine Inselkette im Pazifischen Ozean verbringen. Stattdessen sollten sie ihre Energie lieber in die Verbesserung der Beziehungen stecken.

Maria Sacharowa, die Sprecherin des russischen Außenministeriums, äußerte sich am Dienstag im Rahmen eines Auftritts beim YouTube-Kanal Soloviev Live über Tokios Haltung zu den Kurilen, die Japan noch immer als sein Hoheitsgebiet betrachtet. Dies, obwohl die Inseln seit dem Jahr 1945 Teil Russlands sind. Sacharowa erklärte:

"Ich habe den Eindruck, dass die japanische Führung ihre gesamte Zeit, die sie für den Aufbau normaler, vollwertiger wirtschaftlicher, finanzieller und kultureller Beziehungen zu unserem Land aufwenden könnte, für dieses Thema verwendet."

Sie beschuldigte die japanische Führung, "künstliche Hysterie und Spannungen" zu schüren. Sacharowa zufolge komme diese Aufregung nicht von ungefähr und wird von "einem bestimmten Teil des japanischen politischen Establishments" angeheizt.

Zudem wies sie darauf hin, dass Washington von dem Streit profitiere, indem es dazu beitrage, "dieses Thema in der Schwebe zu halten, weil dies die japanische Seite daran hindert, eine umfassende, für beide Seiten vorteilhafte und vielversprechende Zusammenarbeit mit Russland zu verfolgen".

Sacharowas Äußerungen erfolgten, kurz nachdem Washingtons neuer Botschafter in Tokio Rahm Emanuel Moskau beschuldigt hatte, die territoriale Integrität anderer Staaten und auch die der asiatischen Nation zu missachten. Emanuel wörtlich:

"Russlands Missachtung der Souveränität anderer Staaten ist nicht neu und beschränkt sich auch nicht auf die Nördlichen Territorien."

Die vier Inseln, die Tokio als Nördliche Territorien bezeichnet, wurden vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs von den sowjetischen Streitkräften besetzt. Moskau besteht darauf, dass die UdSSR das Land von ihren Verbündeten auf der Konferenz von Jalta als Gegenleistung für den Eintritt in den Krieg gegen Japan versprochen bekommen hatte, was später im 1951 unterzeichneten Vertrag von San Francisco festgehalten wurde.

Tokio vertritt jedoch die Auffassung, dass die vier Inseln nicht unter das Abkommen fallen. Bis heute gibt es keinen Friedensvertrag zwischen den beiden Staaten. Moskau kündigte wiederholt an, einen Friedensvertrag unterzeichnen und den Territorialstreit separat lösen zu wollen, Tokio lehnt dies jedoch ab.

Die beiden Nationen versuchen seit über einem halben Jahrhundert erfolglos, eine Lösung in der Inselfrage zu finden.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6203baee48fbef4b51667ca1.jpg>

lug-info.com: „Die Truppen der LVR haben einen massiven Beschuss der Republik verhindert. Gestern wurde eine feindliche Drohne abgeschossen, die die ukrainischen

Streitkräfte zur Aufklärung und zur Feuerleitung gestartet hatten. Solange die OSZE weiter auf alles durch eine rosa Brille schaut, werden die Provokationen Kiews weiter in Gang kommen“, schrieb das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetchnik auf seiner Twitter-Seite.

de.rt.com: **Angesichts Lage um Nord Stream 2: Sacharowa bezeichnet Deutschland als amerikanische Besatzungszone**

US-Botschafter würden Befehle in Berlin erteilen, unterstützt von den Stiefeln der US-Soldaten auf deutschem Boden. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa gegenüber RT. In Fragen wie Nord Stream 2 habe Deutschland kein Sagen.

Vor dem Hintergrund der Spannungen um den Bau der Gasleitung Nord Stream 2 hat die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einem umfassenden Interview für RT die Vermutung geäußert, Deutschland befinde sich auch nach dem Ende des Kalten Krieges unter amerikanischer Besatzung. Die NATO-Verbündeten hätten ihre Souveränität an Washington übergeben und daher in Fragen wie dem Nord Stream 2-Projekt nichts zu sagen, erklärte Sacharowa. In diesem Zusammenhang verwies die Diplomatin auf die Aufrufe des US-Präsidenten Joe Biden während des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Washington am Montag, die Nord Stream 2-Pipeline "zuzudrehen". Hierzu stellte Sacharowa fest:

"Deutschland bleibt gemäß einer Reihe relevanter Merkmale – das ist weder meine Meinung noch die russische Position, das ist so nach politologischen Begriffen und Definitionen – auf die eine oder andere Weise ein besetzter Staat. 30.000 amerikanische Soldaten sind dort stationiert."

Zudem, so die Sprecherin des russischen Außenamtes, würden die US-Botschafter in Berlin deutschen Regierungsvertretern Befehle erteilen. Als Beispiel erwähnte Sacharowa das Verhalten des US-Botschafters in Deutschland während der Präsidentschaft von Donald Trump. Richard Grenell hätte der deutschen Regierung regelrecht befohlen, was in Bezug auf das Nord Stream 2-Projekt zu tun sei.

Deutschland werde laut der Diplomatin von den USA "einfach als ein Protektorat" behandelt. Weiterhin bemerkte die Sprecherin, dass sich die Anweisungen nicht nur auf die Hebelwirkung finanzieller Bedrohungen stützten, sondern auch "auf 30.000 amerikanische Stiefel vor Ort". Warum Berlin es zulasse, sich auf solche Weise behandeln zu lassen, bleibe eine offene Frage an Deutschland, resümierte Sacharowa:

"Tatsache ist, dass es keine Beziehung zwischen den Gleichgestellten ist."

Die Diplomatin unterstrich, dass Deutschland Gas aus Russland kaufe, nicht weil Berlin Moskau besonders gern habe oder weil man es Russland recht machen wolle, sondern ausschließlich weil man dieses Gas benötige. Die deutsche industrielle Entwicklung sei mit dieser Ressource lebenswichtig verbunden, betonte Sacharowa. Die Tatsache, dass Washington versuche, Berlin dazu zu bringen, stattdessen Flüssiggas aus den USA zu kaufen, lasse hier von keiner freien Marktwirtschaft sprechen. Sacharowa verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass die Regierung schließlich gezwungen sein werde, die Steuern für Bürger in Deutschland zu erhöhen, da der Preis für Flüssiggas wesentlich höher sei.

"Genau das haben die USA ihren engsten Verbündeten angetan, nicht ihren Rivalen oder Feinden, sondern ihren eigenen NATO-Partnern. Niemand hat ihnen irgendeine Art von Unabhängigkeit oder Souveränität zugestanden."

Russland jedoch widersetze sich einer derartigen Behandlung, so Sacharowa:

"Sie können allen, die das genießen, Befehle erteilen. Bei uns ist das aber nicht der Fall. Mit uns können sie so nicht sprechen."

Falls Russlands Interessen oder internationales Recht verletzt würden, müsse die Gegenseite mit umgehenden Spiegelmaßnahmen rechnen.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2022.02/article/62039994b480cc409d3abb85.jpg>

deu.belta.by: **Westen nutzt lokalen Konflikt in der Ukraine für globale Konfrontation**

Der Konflikt in der Ukraine sieht nur auf der Landkarte lokal aus, wird aber vom Westen für die globale Konfrontation genutzt. Das erklärte der stellvertretende belarussische Außenminister Sergej Alejnik in seiner Ansprache in der Konferenz zum Thema „Kollektive Sicherheit in einer neuen Ära: Erfahrungen und Perspektiven der OVKS.“ Die Konferenz findet in Moskau im internationalen Diskussionsclub Waldai und wird vom Außenministerium der Russischen Föderation gefördert.

„Der Konflikt in der Ukraine sieht nur auf der Landkarte lokal aus. Er ist heute eher ein Anlass für die globale politische Konfrontation“, betonte Sergej Alejnik.

Mehrere NATO-Staaten rüsten heute den südlichen Nachbarstaat von Belarus auf. Das tun sie unter dem Vorwand der Vorbereitung der Ukraine auf die Abwehr der russischen Aggression.

„Gleichzeitig baut die Nordatlantische Allianz ihre Kräfte und Mittel an unseren westlichen Grenzen auf, die militärische Infrastruktur wird modernisiert, die Intensität und der Umfang der operativen und militärischen Ausbildung der NATO-Mitgliedstaaten auf dem europäischen Kontinent nehmen zu. So hat sich beispielsweise die Zahl der Übungen der NATO-Truppen im vergangenen Jahr mehr als verdreifacht“, so der stellvertretende Außenminister von Belarus.

Seiner Meinung nach erfordert die Situation in der Welt und im Verantwortungsbereich der OVKS höchste Konzentration. „Wir sind Zeugen einer fortschreitenden Zerstörung der Systemgrundlagen der internationalen und regionalen Sicherheit“, sagte Sergej Alejnik. „Das Vertrauen wird durch Konfrontation ersetzt, der Dialog – durch die Anklagerhetorik. Die internationalen Instrumente im Bereich der Rüstungskontrolle und der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen verschlechtern sich weiter. Vor diesem Hintergrund gewinnt das Wettrüsten in Europa immer mehr an Tempo.“



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1644412314_59739_big.jpg

Dan-news.info: **Der legendäre Divisionskommandeur Tschapajew wurde zum Held einer neuen Briefmarke in der DVR**

Eine Briefmarke zum 135. Geburtstag des berühmten Kommandeurs der Roten Armee aus der Zeit des Bürgerkriegs in Russland Wassilij Tschapajew wurde in der Republik herausgegeben, teilt der Pressedienst der Post des Donbass mit.

Die Marke beinhaltet ein Foto Tschapajews vor dem Hintergrund einer Maschinengewehrlafette – einem Pferdewagen mit einem Maschinengewehr, das gegen die Fahrtrichtung ausgerichtet ist. Diese Technik wurde aktiv von den gegnerischen Seiten eingesetzt.

Auf dem Ersttagsumschlag ist das Denkmal des Kommandeurs abgebildet, das in seiner Heimat in Tscheboksary errichtet wurde.



https://dan-news.info/storage/c/2022/02/09/1644408618_193022_04.jpg

snews.de: **Iran will Raketenprogramm erweitern und präsentiert neue Langstreckenrakete**

Der Iran hat sein Raketenarsenal um eine neue Waffe erweitert. Iranische Medien berichteten von der Präsentation einer neuen Langstreckenrakete. Laut Generalstabschef der iranischen Streitkräfte, Generalmajor Mohammad Bagheri, wird das Land die Entwicklung und Produktion ballistischer Raketen weiter vorantreiben.

Während eines Besuchs auf einer Raketenbasis sprach der Generalmajor Mohammad Bagheri über die Pläne des Landes in Bezug auf sein Waffenarsenal und stellte eine neue Langstreckenrakete mit dem Namen „Kheibarshekan“ vor.

„Der Iran wird Pläne zur qualitativen und quantitativen Erweiterung seiner Raketenfähigkeiten vorantreiben“, zitierte die iranische Nachrichtenagentur Tasmin Bagheri. Die Rakete könne Ziele mit einer Reichweite von bis zu 1.450 Kilometern treffen und funktioniert auf Basis von Festbrennstoff. Sie gehört zur dritten Generation der Raketen der iranischen Revolutionsgarde. Das Gewicht der Rakete sei im Vergleich zu ähnlichen Geschossen um ein Drittel reduziert worden, die Startzeit um das Sechsfache. Die Rakete könne Raketenabwehrsysteme durch genaues Manövrieren umgehen. Die präsentierte Waffe sei im Iran entwickelt und hergestellt worden.

„Weitere Differenzierungsmerkmale der neuen ballistischen Rakete sind ihre Beweglichkeit und hohe Geschwindigkeit beim Treffen der Ziele“, so die Nachrichtenagentur Tasmin. Die Nachrichtenagentur der Islamischen Republik bezeichnete das Geschoss in Bezug auf sein Gewicht und die Schusseigenschaften als „einzigartig“.

In Wien findet die achte Runde der Verhandlungen in Bezug auf das iranische Atomprogramm statt, dabei wird vor allem eine mögliche Aufhebung der US-Sanktionen gegen das Land thematisiert. Washington will eine Bestimmung zur Begrenzung der Raketenentwicklung in das neue Abkommen aufnehmen, während der Iran darauf besteht, das Atomabkommen in seiner ursprünglichen Form wiederherzustellen.

2015 wurde in Wien das iranische Atomabkommen beschlossen. Das Maßnahmenpaket beinhaltete die Aufhebung der gegen Teheran verhängten Sanktionen im Gegenzug für die Eingrenzung des iranischen Atomprogramms. Die USA traten 2018 aus dem Abkommen aus und verhängten Sanktionen gegen Teheran.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/09/5295891_0:26:500:307_1920x0_80_0_0_7c5d71f1bd264d3056d4b12cd9642fed.jpg

snanews.de: **Medien über Treffen Macron-Putin: Französischer Präsident unterbreitet Vorschläge zur Ukraine**

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat bei seinem jüngsten Moskau-Besuch dem russischen Präsidenten Wladimir Putin einige Ideen zur aktuellen Situation in der Ukraine unterbreitet. Darüber berichtet die britische Zeitung „Daily Mail“.

Laut Medienberichten hat Macron unter anderem vorgeschlagen, Kiew einen Neutralitätsstatus zu verleihen, wodurch der Ukraine die Möglichkeit verbaut werde, der Nordatlantischen Allianz beizutreten.

Das Blatt unterstreicht, dass diese Initiative Macrons nicht von den anderen Nato-Mitgliedern, auch nicht vom Vereinigten Königreich, gebilligt worden sei. Wie Zeitungsquellen betonten, könnte der offensichtliche Verzicht des französischen Präsidenten, vor seinen Verhandlungen

mit Putin sich von den Verbündeten beraten zu lassen, jedes Abkommen sinnlos machen.

„Er (Macron – Anm. d. Red.) beschäftigt sich mit eigenen Angelegenheiten, wir wissen nicht, was geschieht. Er ist über die Nato-Position hinweggegangen. Aber das ist interessant“, sagte eine Quelle in der britischen Regierung.

Die Zeitung präzisierte, dass der Vorschlag Macrons zu einer Neutralität der Ukraine weder von Kiew noch von der Nordatlantischen Allianz unterstützt werde.

Der russische Präsident sagte bei dem Treffen mit Macron, Russland werde sein Möglichstes tun, um Kompromisse in Sachen Ukraine zu finden. Putin warf auch dem Westen vor, anhaltende Spannungen zu schüren.

Nach Abschluss der Verhandlungen haben die beiden Staatschefs die Hoffnung geäußert, dass eine Lösung für die ernsthafteste Krise zwischen Russland und dem Westen seit der Zeit des Kalten Krieges gefunden werde.

Laut Putin könnten mehrere Ideen bzw. Vorschläge Macrons als Basis für weitere Schritte dienen. „Wir werden alles nur Mögliche tun, um Kompromisse zu finden, die für alle akzeptabel sind“, betonte der russische Staatschef.

Die Verhandlungen zwischen dem russischen und dem französischen Staatschef am Montagabend in Moskau dauerten fünf Stunden. Im Zentrum des Gesprächs standen Probleme der Gewährleistung der Sicherheit in Europa. Am nächsten Tag traf sich Macron mit seinem ukrainischen Amtskollegen Wladimir Selenski in Kiew.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/09/5294211_0:116:3233:1934_1920x0_80_0_0_a6f8cd3ae5a9d62fd809ef2ae58ca16e.jpg